

Wirtschaftseinbruch - aber wie hoch?

04.05.2020

von



Schulbank

Schlagworte

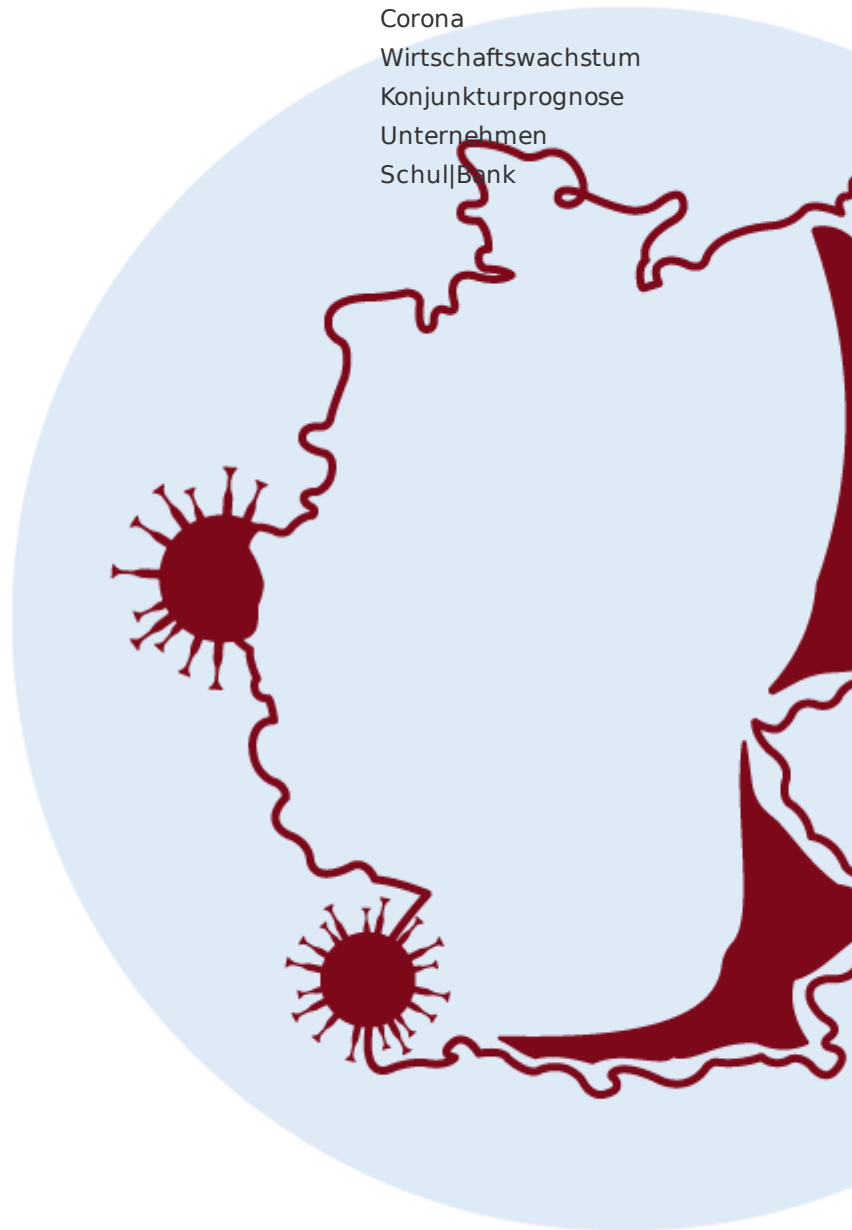
Corona

Wirtschaftswachstum

Konjunkturprognose

Unternehmen

Schul|Bank



Eines ist unstrittig: Die Eindämmung der Corona-Pandemie hat zur Folge, dass die Konjunktur in Deutschland in diesem Jahr massiv einbrechen wird. Auch wenn der langsame Ausstieg aus

Blog

dem über Wirtschaft und Gesellschaft verhängten Teil-Lockdown inzwischen begonnen hat, hinterlassen die massiven Eingriffe in das ökonomische Leben jetzt schon tiefe Spuren bei Unternehmen und Konsumenten. Hinzu kommt der Rückgang der globalen Nachfrage nach deutschen Gütern. Aber um wieviel Prozent die Wirtschaft über das Jahr gesehen schrumpfen wird, darüber gibt es unterschiedliche Annahmen – kein Wunder, zum jetzigen Zeitpunkt weiß schließlich niemand, wie lange die Beschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens noch andauern beziehungsweise wie die europaweiten Lockerungsschritte in den kommenden Wochen und Monaten en détail aussehen werden.

Frühjahrsprognose der Bundesregierung

In ihrer Frühjahrsprognose, die Ende April veröffentlicht wurde, rechnet die Bundesregierung mit dem größten Einbruch des Wirtschaftswachstums seit Gründung der Bundesrepublik. Ihren Berechnungen zufolge soll das Bruttoinlandsprodukt 2020 um 6,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr schrumpfen. Die Gutachter gehen zugleich davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum im Mai auf niedrigem Niveau stabilisiert und im zweiten Halbjahr deutlich anziehen wird. Andere jüngst veröffentlichte Zahlen – etwa vom Internationalen Währungsfonds und vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – lassen einen noch größeren Einbruch der deutschen Wirtschaft erwarten.



Gemeinschaftsgutachten geht von geringerem Einbruch aus

Möglicherweise ist es dem früheren Veröffentlichungszeitpunkt (Anfang April) geschuldet, dass die führenden Wirtschaftsinstitute Deutschlands in ihrem Gemeinschaftsgutachten für die Bundesregierung von einem weniger starken Rückgang der deutschen Volkswirtschaft 2020 ausgehen – sie errechnen ein Minus von 4,2 Prozent. Dies wäre nicht ganz so gravierend wie in der Finanzkrise 2009, als es um 5,7 Prozent nach unten ging. Speziell für das zweite Quartal prognostizieren sie einen steilen Abstieg: Die Wirtschaftsleistung wird dann wohl um 9,8 Prozent zurückgehen; das wäre der stärkste jemals gemessene Wachstumseinbruch in einem Quartal. Ab dem dritten Quartal könnte es zunächst langsam, dann aber in raschem Tempo aufwärtsgehen. Für 2021 erwarten die Institute ein Wachstum von 5,8 Prozent. Insbesondere den Hilfspaketen der Bundesregierung wird eine große Bedeutung beigemessen; sie würden eine Insolvenzwelle verhindern, weswegen der Aufschwung so schnell einsetzen könne. Wichtig sei aber auch, dass die

Blog

Wirtschaft in den europäischen Nachbarländern wieder in Gang kommt.

Die Erwartung eines Einbruchs um „nur“ 4,2 Prozent wirkt vor dem Hintergrund der berechneten Szenarien einiger an der Prognose beteiligter Institute noch äußerst optimistisch. Das Ifo-Institut etwa hatte 18 Szenarien der Wirtschaftsentwicklung vorgelegt, die einen Einbruch zwischen 5,7 und 20,6 Prozent skizzierten. Die Institute schreiben selbst, dass mit ihrer gemeinschaftlichen Prognose „erhebliche Abwärtsrisiken verbunden sind“ und kündigten schon an, dass in diesem Jahr die Prognosen wohl häufiger korrigiert werden müssten. Da das Gutachten auf der Annahme basiert, dass der Shutdown bereits im Mai in wesentlichen Teilen wieder aufgehoben wird, könnten Korrekturen tatsächlich schon in Kürze notwendig sein. Bei einem Monat Shutdown länger gingen schließlich weitere anderthalb Prozentpunkte Wachstum in diesem Jahr verloren, so das Gutachten.

Folgen für den Arbeitsmarkt

Die Krise werde auch Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen, so das Gutachten. In der Spitze werde die Zahl der Kurzarbeiter auf 2,4 Millionen klettern und die Arbeitslosenquote auf 5,9 Prozent steigen. Die Erwerbslosenzahlen würden sich im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt um knapp eine Viertelmillion auf 2,5 Millionen erhöhen. Auch aus diesem Grund werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach der Prognose nicht wie in den vergangenen Jahren zunehmen, sondern erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise vor mehr als zehn Jahren sinken. Alles in allem sehen die Institute Deutschland aber als gut gerüstet an, um den wirtschaftlichen Einbruch zu verkraften. Die günstige Finanzlage ermögliche es dem Staat, weitgehende Maßnahmen zur Abfederung der kurzfristigen negativen Folgen für Unternehmen und private Haushalte zu ergreifen und gegebenenfalls auch nachzusteuern.

Das Gutachten der Institute dient der Bundesregierung als Basis für die eigene Konjunkturprognose, auf der wiederum die Steuerschätzung als Basis für die Haushaltsaufstellung beruht. Die Wirtschaftsforscher haben also den gesetzlichen Auftrag, sich auf eine Prognose festzulegen – so schwierig wie aktuell ist dies wahrscheinlich noch nie gewesen.